

Bund soll Zustupf an Kita-Kosten zahlen

Der Nationalrat beschliesst ein grosses Kita-Paket – und lässt die Finanzierungsfrage aussen vor.

Maja Briner

Eigentlich kommt das Paket zu einem schwierigen Zeitpunkt. Erst gerade gab Finanzministerin Karin Keller-Sutter bekannt, wie sie die Defizite, die in den nächsten Jahren drohen, bekämpfen will. Und nun liegt nach mehrjähriger Vorarbeit ein Vorschlag zur familienergänzenden Kinderbetreuung auf dem Tisch, der zunächst Kosten von 770 Millionen Franken pro Jahr verursacht.

Die stattliche Summe löste Kritik aus. Der Betrag sei «überbordet», sagte kürzlich der Präsident des Arbeitgeberverbands, Valentin Vogt, der das Projekt mitangeschoben hatte. Auch der Bundesrat zeigte sich skeptisch. Dem Vernehmen nach half ein Finanzkniff von Keller-Sutter, damit sich die Regierung nicht ganz querstellte. Doch dazu später mehr.

Massnahme gegen den Fachkräftemangel

Die Mehrheit im Nationalrat liess sich von der Kritik nicht beirren. Sie entschied am Mittwoch, dass der Bund den Eltern bis zu 20 Prozent an die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung bezahlt – und zwar bis Ende der Primarschulzeit. Das Geld erhalten beispielsweise Eltern, die ihr Kind in der Kita betreuen lassen.

Die Zuschüsse sollen dazu führen, dass insbesondere Mütter erwerbstätig bleiben und ihre Pensen aufstocken. Die Vorlage gehöre «zu den wirksamsten Massnahmen gegen den Fachkräftemangel», sagte Kommissionssprecher Simon Stadler



Finanzministerin Karin Keller-Sutter. Bild: Key

(Mitte/UR). Die Investitionen in eine erschwingliche Kinderbetreuung lohnten sich, argumentierten Befürworterinnen wie etwa Kathrin Bertschy (GLP/BE).

Gänzlich gegen die Vorlage sträubte sich die SVP – aus ihrer

Die hohen Kosten für Kita-Plätze stellen viele Familien vor finanzielle Probleme. Bild: Lourdes Balduque/Getty

Sicht wird dadurch ein Familienmodell bevorzugt. Doch sie blieb chancenlos. Ebenso erging es verschiedenen Vorschlägen, das Paket abzuspicken. Eine Einschränkung will der Nationalrat allerdings schaffen: Eltern sollen erst ab einem gewissen Mindestbeschäftigungsgrad den Bundesbeitrag erhalten. Die Höhe des Mindestpensums müsste der Bundesrat festlegen.

Die Kosten für diesen Teil des Pakets schätzt die vorbera-

tende Kommission auf 710 Millionen Franken. Mit weiteren 56 Millionen soll das Angebot verbessert werden. Der Bundesrat wollte diese Ausgaben zumindest teilweise gegenfinanzieren – mit einem nicht alltäglichen Ansatz, den Finanzministerin Keller-Sutter im Februar öffentlich präsentiert hatte. Dem Vernehmen nach wollte sie damit dem Widerstand gegen das Paket etwas Wind aus den Segeln nehmen. Konkret schlug die Regierung

vor, den Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer zu senken. Das hätte zur Folge, dass die Kantone indirekt rund 200 Millionen Franken an die Vorlage zahlen würden. Dies erscheine aufgrund der kantonalen Zuständigkeit in diesem Aufgabenbereich als angezeigt, erklärte der Bundesrat.

Doch der Vorschlag stiess auf Widerstand. Die Regierung habe diesen aus dem Hut gezaubert, ohne die Kantone zu konsultieren, kritisierte Kommis-

sionssprecher Stadler, das sei «ein Affront für die Kantone». Tatsächlich hat die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) keine Freude daran. Der Vorstand lehnte den Vorschlag «strikte» ab, erklärt Generalsekretär Peter Mischler. Das Vorgehen widerspreche dem Prinzip «Wer zahlt, befiehlt, und wer befiehlt, zahlt».

Für einen anderen Vorschlag zur Finanzierung musste die SP Häme einstecken. Sie wollte die Mehreinnahmen anzapfen, welche die Schweiz dank der OECD-Mindestbesteuerung künftig einnehmen soll. Nur: Darüber entscheidet das Stimmvolk erst im Juni – und just die SP hat die Nein-Parole gefasst.

Beide Vorschläge zur Finanzierung fielen im Nationalrat durch – der Vorschlag des Bundesrats scheiterte am Widerstand von Mitte-links, jener zur OECD-Mindeststeuer am Widerstand der Bürgerlichen. Dass die grosse Kammer gleichzeitig alle Kürzungsanträge verwarf, stösst namentlich bei bürgerlichen Finanzpolitikern auf Unverständnis.

«Das löst zusätzlichen Spardruck aus», warnt FDP-Finanzpolitiker Peter Schilliger. Er sei nicht grundsätzlich dagegen, dass familienergänzende Kinderbetreuung subventioniert werde, betont er. «Aber in diesem Umfang, wie es der Nationalrat nun beschlossen hat, werde ich das ablehnen, zumal keine Gegenfinanzierung vorgesehen ist.»

Klar ist: Das Kita-Paket ist noch längst nicht in trockenen Tüchern. Als Nächstes berät der Ständerat darüber.